

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **183 (2017)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Norwegen

Neue Luftabwehrsysteme

In Oslo wurde Anfangs Februar entschieden, dass die norwegische Armee zwei neue Luftabwehrsysteme erhält. Die beiden bodengestützten Systeme sollen sich gegenseitig ergänzen, stellen aber einen Bruch mit der seit dem Jahr 2000 vorherrschenden Luftabwehr-Doktrin des Landes dar. Neu wird eines der beiden Systeme vom Heer und nicht mehr von der königlich norwegischen Luftwaffe betrieben. Das «bodengestützte Luftabwehrsystem-



Aktuelles NASAMS II.

Bild: Forsvaret Mediesenter

Projekt des Heeres» basiert auf einer Weiterentwicklung des Kongsberg National Ad-

vanced Surface-to-Air Missile System (NASAMS II), das mit Raytheon AIM-120 Ad-

vanced Medium-Range Air-to-Air Missile (AMRAAM) Raketen betrieben wird. Das zweite Short-Range Air Defence (SHORAD) System wird aus einer Kombination von Kanonenfliegerabwehr und der IRIS-T Rakete bestehen. Derzeit verhandelt die norwegische Forsvarsmateriell (Streitkräftematerialverwaltung) mit dem Hersteller Kongsberg über die letzten Spezifikationen, um bis Ende Jahr den Vertrag zu unterzeichnen. Die Auslieferung der ersten Abwehrsysteme wird dann zwischen 2018 bis 2021 erwartet.

Ungarn

Nutzungsverlängerung für den GRIPEN

Die Ungarische Luftwaffe verlängerte den Leasingvertrag ihrer 14 JAS-39C/D GRIPEN. Eine mit der schwedischen Forsvarets Materielverk (Kriegsmaterialverwaltung) getroffene Abmachung sieht eine Verlängerung der Flugzeit und ein Update der Maschinen inklusive Nutzungsverlängerung bis 2026 vor. Neu verfügt Ungarn deshalb über 2000 Flugstunden pro Jahr (400 Stunden mehr als bisher). Im Vertrag wurde ebenfalls geregelt, dass alle Flugzeuge auf die Version 20 nachgerüstet werden. Jene Version, welche derzeit auch von Schweden betrieben wird.

Ungarn konnte sich bereits 2006 den Leasingvertrag für zehn Jahre sichern und erhält auch nun wiederum umfassen-

den Support sowie Training für seine gemieteten Kampfflugzeuge. Das Land beteiligte sich unter anderem am Bal-

tic Air Policing und stellt (in Abwechslung mit Italien) den Luftpolizeidienst über Slowenien sicher.



Wurde nach Crash wieder ersetzt.

Bild: czechairspotters.com

Osteuropa/NATO

Bewegungsfreiheit, aber kein Gleichgewicht hergestellt

Mitte Februar unterzeichneten die Verteidigungsminister der baltischen Staaten ein Übereinkommen, welches den NATO-Ländern und deren Truppen absolute Bewegungs-

freiheit garantiert. Neu können also Bündnissoldaten innerhalb eines Tages an die russische Grenze beordert und auch tatsächlich dorthin verlegt werden. Dieses Vertragswerk passt in die Argumentation des neuen US-Verteidigungsministers James Mattis, der die US-Russischen Bezie-

hungen basierend auf militärischer Überlegenheit aufbauen möchte. Die Antwort seines russischen Gegenspielers kam prompt und war unmissverständlich. Sergei Shoigu teilte seine Zweifel über die Sinnhaftigkeit dieses Übereinkommens mit und verlangte umfassende Erklärungen. Trotz-

dem kann man davon ausgehen, dass sollte die NATO sich innerhalb der 1997 mit Russland getroffenen Abmachungen über die Stationierung seiner Truppen in Europa bewegen, wird sich Russland an seiner Streitkräfteplanung und Entwicklungsstrategie bis 2025 festhalten. Entsprechend ist

die NATO-Abmachung im Baltikum (von welcher ein ca. 4000 Soldaten starkes Kontingent betroffen ist) eher ein Tropfen auf den heissen Stein. Russland beabsichtigt in nächster Zeit drei neue hochmobile Divisionen mit bis zu 40 000 zusätzlichen Soldaten zu bilden. In diesem Sinne ist es verständlich, dass die



Keine Wartezeiten mehr.

Bild: US Army

USA mittlerweile sogar geneigt sind, zu den altbewährten Mitteln der nuklearen Ab-

schreckung zurückzugreifen und neuerdings wieder versuchen, diese Drohkulisse zu be-

wirtschaften. Ein wenig tiefer stapelt hier die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, wenn sie beabsichtigt, einen europäischen Grossverband mit bis zu drei Divisionen à 10 000 Soldaten auf die Beine zu stellen. Von der Leyen hat damit eine Antwort auf die russische Bedrohung und andererseits pariert sie den Forderungen Donald Trumps nach höheren Verteidigungsbudgets innerhalb der europäischen NATO-Staaten.

Estland

Neue Haubitzen

Mindestens zwölf Stück gebrauchte K9 THUNDER Haubitzen des Herstellers Samsung-Techwin sollen bis 2021 nach Estland gebracht werden. In Tallin wird damit ein weiterer Schritt zu einem eigenständigen Heer geschaffen. Nach von den Niederlanden erstandenen CV-90 würden dann nun nur noch vollwertige Kampfpanzer fehlen. Eine K9 Panzerhaubitze kostet etwa sechs Millionen Euro. Estland beabsichtigt, Verträge für etwa die Hälfte des Neupreises auszuhandeln. Damit wird ein Geschäft besiegelt, das kürzlich mit dem Besuch des finnischen Premierministers in Tallin begann. Es geht nämlich darum, dass Estland zusammen mit Finnland (welches derzeit in der Evaluationsphase für ungefähr 50 Haubitzen des gleichen Typs steht) ein

Service-Agreement zum Unterhalt der Systeme abschliessen möchte. Für die estnischen Bedürfnisse zeigte sich die südkoreanische Haubitze gegen die anderen getesteten Kanonen (Panzerhaubitze 2000, CESAR und M-109) überlegen, denn deren Geschwindigkeit und Wetterbeständigkeit zusammen mit wenig High-Tech erwiesen sich als optimal. Der Inspekteur der Artillerie, Oberstleutnant Kaarel Mäesalu, schwärmt deshalb vom K9 und meint: «Die Koreaner bauten diese Haubitze dafür, dass sie von Reservisten bedient werden kann. Nun ist es möglich, innert 30 Sekunden ein Feuerpodest zu beziehen, zu schiessen und dieses 30 Sekunden später wieder zu verlassen. Und genau das ist für uns wichtig, denn die Ausbildungs- und Wiederholungskurszeit ist bei uns eng begrenzt.»



K9 Thunder an der Eurosatory.

Bild: Hanwha Techwin

NATO/Russland



General Petr Pavel.

Bild: army.cz

Erstmals wieder offiziellen Kontakt

Anfangs März telefonierte der tschechische General Petr Pavel, seines Zeichens Vorsitzender des NATO Military Committee (Militärausschuss), mit dem russischen Generalstabschef Waleri Gerassimow. Es war der erste offizielle Kontakt auf oberster militärischer Stufe seit dem die militärische Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen dem Nordatlantikkbündnis und Russland infolge des Ukraine Konflikts beendet wurde. Das russische Verteidigungsministerium wies per Pressemeldung nach dem Austausch darauf hin, dass der Gesprächswunsch ausdrücklich von der NATO ausging. Demzufolge ging es um sicherheitsrelevante Themen,

die Möglichkeiten die militärische Zusammenarbeit wieder aufzunehmen, die Verhinderung von konfliktverursachenden Vorkommnissen und die Teilnahme von NATO-Vertretern an von Russland durchgeführten internationalen Treffen und allgemeinen Aktivitäten. Die Gesprächspartner bestätigten sich gegenseitig die Wichtigkeit der gemeinsamen Bestrebungen, die aktuellen Spannungen zu vermindern und gleichzeitig die Stabilität in Europa zu fördern. Der tschechische General Petr Pavel ist der erste Vorsitzende des NATO-Militärausschusses aus einem ehemaligen Ostblockstaat, verfügt über eine nachrichtendienstliche Grundausbildung und studierte noch zu Sowjetzeit in Moskau am Warschauer-Pakt-Militärinstitut.

Russland

Neuer Dienstzweig

Der russische Verteidigungsminister Sergei Shoigu gab Anfangs März neue Pläne bekannt. Ein weiterer Dienstzweig der Streitkräfte wird sich ausschliesslich der Informationssphäre widmen (engl. Information Warfare). Shoigu plant damit aktive Gegenpropaganda aufzudecken und abzuwehren. Denn, so gibt er zu bedenken, Propaganda solle klug, kompetent und effektiv sein. Somit institutionalisiert er, was in der Vergangenheit mittels der Operation «Pawn Storm» verdeckt gegen westliche Nationen, Institutionen und Einrichtungen seinen Lauf genommen hat. Noch ist die detaillierte Auftragsumschreibung nicht gänzlich klar, die Truppen stehen aber bereit. Es geht im weitesten darum, nationale Verteidigungsinteressen zu schützen und Info-Operationen durchzuführen, so ein ehemaliger russischer General und Parlamentarier. Unter anderem sollen auch feindliche Cyber-

Angriffe abgewehrt werden. Viktor Ozerov, Vorsitzender des Verteidigungs- und Sicherheitskomitees des Föderationsrates fügte hinzu, dass es auch um die Sicherheit der russischen Datensysteme gehe. Jedoch nicht darum, im Ausland irgendwelche Hacker-Attacken durchzuführen. Westliche Dienste sind trotzdem alarmiert, denn nachdem bereits der US-Wahlkampf von russischen Cyber-Angriffen in Mitleidenschaft gezogen wurde, stehen heuer in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich Neuwahlen an. Es kann davon ausgegangen werden, dass via Cyber-Domäne das politische und sicherheitsrelevante Geschehen aktiv beeinflusst wird. Zudem gehen Experten davon aus, dass sich auf öffentlichen Plattformen (beispielsweise Facebook, Twitter, etc.) und den Kommentarspalten der Medienhäuser noch mehr russische Propaganda finden wird und nennen dieses Phänomen beim Namen: «Faketivism».



Auf allen Kanälen.

Bild: Kommersant

China



Grosse Halle des Volkes – hier wird das Militärbudget vorgestellt.

Bild: Chinesisches Aussenministerium

«Nur» sieben Prozent mehr Militärausgaben

Trotz der Spannungen mit den USA wird China seine Militärausgaben in diesem Jahr nur um etwa sieben Prozent erhöhen. Mit rund sieben Prozent könnte der Zuwachs sogar leicht unterhalb der Steigerung des Vorjahres liegen.

2016 war ein Anstieg von 7,6 Prozent auf 954 Milliarden Yuan Renminbi, heute umgerechnet rund 120 Milliarden Franken, im Budget eingeplant. Es war so wenig wie seit 2010 (7,5 Prozent) nicht mehr.

Nach Angaben von Experten sind gleichwohl nicht alle Militärausgaben im offiziellen Verteidigungsbudget enthalten. «Es ist ziemlich sicher davon auszugehen, dass die gesamten Militärausgaben um etwa 50 Prozent höher sind», sagte Siemon Wezemann vom Friedensinstitut Sipri in Stockholm. So seien Ausgaben für die Eliteeinheiten der bewaffneten Polizei, für Forschung und Entwicklung, die Zahlun-

gen für ehemalige Soldaten, für militärische Infrastruktur und Waffenimporte in anderen Budgetposten aufgeführt.

China gibt heute mehr für sein Militär aus als seine Nachbarn Japan, Südkorea, die Philippinen und Vietnam zusammen. Nur die USA haben weltweit ein höheres Militärbudget – sogar zweieinhalb Mal mehr als China. Doch ist China nur eine regionale Militärmacht, während die USA eine weltweite Militärpräsenz pflegen.

Der Anstieg der Militärausgaben war in den vergangenen 15 Jahren meist zweistellig – mit den Ausnahmen 2010 (7,5 Prozent) und 2016 (7,6 Prozent im Plan). Chinesische Experten begründeten die niedrige Steigerung mit dem langsameren Wachstum der zweitgrössten Volkswirtschaft und den hohen Ausgaben in anderen Bereichen. «Es stimmt mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten überein», sagte Professor Shi Yinhong von der Volksuniversität in Peking.

Nordkorea – Malaysia

Die Kim-Saga

Nicht alle Mitglieder des nordkoreanischen Diktatoren-Geschlechts der Kim sind lupenreine Kommunisten oder machthungrig. Einige wollen

nur ihren Reichtum ausleben. Diese tauchen im Ausland unter. Zwischendurch werden sie aber ermordet.

Seit 1948 sitzt ein Kim am Steuerrad des nominell-kommunistischen Nordkorea. Es

steht mittlerweile ausser Frage: Die Macht wird von Vater auf Sohn übertragen; die übrigen Familienmitglieder sind angehalten, mitzuwirken. Sie erhalten dafür Posten in der Politik, der Armee und neuerdings

auch in der Partei. Doch immer wieder kommt es vor, dass einige Familienangehörige unfähig oder nicht willens sind.

Üblicherweise werden ihnen nicht knappe finanzielle Mittel und eine neue Identität zur

Verfügung gestellt. Sie werden dann «gebeten», auszuwandern und unterzutauchen. Doch selbst wenn sie untergetaucht sind, werden sie vom Regime überwacht. Denn das Schlimmste wäre, wenn ein Kim vom Ausland aus Kritik äussern würde.

Das neueste Kapitel in der Familiensaga ereignete sich in Malaysia: Der ältere Halbbruder des nordkoreanischen

Machthabers wurde am 13. Februar bei einem Anschlag auf dem Flughafen von Kuala Lumpur vergiftet. Der 45 Jahre alte Kim Jong-nam, der sich in den vergangenen Jahren zumeist ausserhalb von Nordkorea aufgehalten hatte, starb kurz darauf auf dem Weg ins Spital.

Nun kommt die Komplikation: Dass das Regime unliebsam oder kritisch gewordene Kim-Untertauchte beseitigt, ist

üblich. Hong Kong sah sich schon mit drei solchen Fällen konfrontiert. Dass aber ein solcher Anschlag derart öffentlich geschieht, ist neu. Weil die frühere Praxis eben verborgen stattfand, war es ein Leichtes für die Polizei und Regierung aus Hong Kong, die Fälle mangels Beweisen einzustellen, ohne sich zu blamieren.

Diesmal nicht. Der Anschlag war öffentlich und in

einem Flughafen. Für Malaysia, das öffentlich für Sicherheit kämpft, ist beides ein Problem.

Und dann gab das nordkoreanische Regime mehr oder minder zu, den Giftmord veranlasst zu haben. Das war zu viel: Malaysia erklärte den nordkoreanischen Botschafter zur «unerwünschten Person». Kang Chol solle das Land binnen 48 Stunden verlassen.

Mexiko

Armee-Einsätze im Inland

Die Beteiligung der Armee an Aufgaben der inneren Sicherheit soll legalisiert werden. Kritiker fürchten neue Menschenrechtsverletzungen.

In Mexiko haben Menschenrechtsorganisationen davor gewarnt, dass im Abgeordnetenhaus ein Gesetz über die Innere Sicherheit im Schnellverfahren auf den Weg gebracht wird. Vor allem die dabei geplanten weiteren Befugnisse für das Militär bereiten ihnen Sorge. Inhaltlichen Empfehlungen, die internationale Institutionen in diesem Zusammenhang an die Regierung

Mexikos gerichtet hätten, seien übergangen worden.

Im Gesetzesentwurf ist nämlich vorgesehen, die Streitkräfte an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit zu beteiligen und ihnen Befugnisse für Verhaftungen, Verbrechensverhütung und -ermittlung zu verleihen. Zwar beteiligen sich die Streitkräfte schon jetzt de facto vor allem im Rahmen der Drogenbekämpfung an diesen Aufgaben. Von der Verfassung gedeckt ist dies bislang aber nicht.

Die Legalisierung der Einsätze könnte die Interventionen der Militärs in der inneren Sicherheit aber zementieren, so die vielfach geäusserte Befürchtung. Die Stärkung



Bild: Verteidigungsministerium Mexiko

General Salvador Cienfuegos, Mexikos Verteidigungsminister.

und Professionalisierung der verfassungsmässig für die innere Sicherheit zuständigen zivilen Polizeikräfte würden dagegen geschwächt.

Die Tageszeitung La Jornada bemerkt in einem Leitart

ikel, die Regierung habe nie verstanden, dass «Heer und Marine keine Superpolizisten sind, sondern Institutionen, die dafür gedacht, ausgebildet und vorbereitet sind, die nationale Souveränität und Integrität des Territoriums zu bewahren sowie der Bevölkerung im Katastrophenfall zu helfen».

Vor Wochen hatte der mexikanische Verteidigungsminister, General Salvador Cienfuegos, in einer stark beachteten öffentlichen Aussage beklagt, die Streitkräfte seien auf ihre dauernden Einsätze in der inneren Sicherheit nicht ausreichend vorbereitet. Das soll sich offenbar ändern.

Bolivien

Luftwaffe im Airline Business

TAM – wer auch immer schon in Brasilien war, kennt diesen Namen. Bis vor kurzem war es die grösste Luftfahrtgesellschaft im grössten Lateinamerikanischen Land. Nach der Fusion mit der Lan Chile ging die TAM in LATAM auf. Doch in Südamerika gibt es eine zweite TAM. Die Transporte Aéreo Militar; beheimatet in Bolivien.

Die TAM Transporte Aéreo Militar ist die Fluglinie der bolivianischen Luftwaffe. Doch sie bietet auch kommerzielle



TAM – aber aus Bolivien.

Bild: Luftwaffe Boliviens

Flüge an. Das ist weltweit ein Unikum: Ein Teil der Luftwaffe ist im Airline-Business aktiv. Dieses Engagement soll sogar noch ausgebaut werden.

Seit 1945 betreibt die bolivianische Luftwaffe die TAM. Ursprünglich ging es darum,

abgelegene Teile des Landes zu erreichen. Doch mittlerweile werden auch Personen und Fracht transportiert. Der Haken: Die Airline befolgt nicht die Regeln der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation Icao.

Das soll sich nun ändern. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten Boliviens teilte mit, dass TAM ab dem Jahr 2017 den kommerziellen Betrieb einstellt und erst wieder fliegen soll, wenn sie als zivile Airline zertifiziert sei. Die Regierung will spätestens im April 2017 so weit sein. Der nächste Ausbauschritt wäre dann, neue Flieger zu beschaffen. Schliesslich soll die Luftwaffen-Abteilung im Rang etwa einer Brigade in ein eigenständiges Unternehmen verwandelt werden.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*